

## Anno ... 6. Woche

**1937, 8. Februar:** Nachdem die am Mittelmeer gelegene Stadt Málaga von den Franco-Faschisten eingenommen worden war, kommt es zu einer Massenflucht. Zehntausende Menschen verlassen Málaga auf der Küstenstraße in Richtung Osten. Die Flüchtenden werden von den Faschisten von See und aus der Luft beschossen. Zwischen 3.000 und 5.000 Menschen kommen bei dem Massaker ums Leben.

**1942, 8. Februar:** Albert Speer wird zum »Reichsminister für Bewaffung und Munition« ernannt. Er tritt damit die Nachfolge des am selben Tag bei einem Flugzeugunfall ums Leben gekommenen Fritz Todt an. Unter Speers Leitung wird die Rüstungsproduktion der Wehrmacht weitgehend entzogen. Statt dessen bildet Speer einen »Rüstungsrat«, dem die führenden deutschen Schwerindustriellen angehören.

**1947, 13. Februar:** Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin beschließt ein Gesetz zur Überführung von Konzernen und anderen Wirtschaftsunternehmen in Gemeineigentum auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs der SPD, dem sowohl die SED wie auch die CDU zustimmen. Lediglich die LDPD stimmt dagegen. Das Gesetz sieht eine Entschädigung vor, die aber bis zu einer gesamtdeutschen Regelung ruhen soll. Die Vertreter der Westmächte in der Interalliierten Militärkommandantur für Berlin verweigern gegen die Stimme des sowjetischen Militärkommandanten im August die Zustimmung und lehnen danach jede weitere Diskussion über das Gesetz ab.

**1952, 7.-8. Februar:** Im Deutschen Bundestag wird über die Remilitarisierung debattiert. Das Parlament bevollmächtigt Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) nach einer mehr als 20 Stunden dauernden Diskussion mit einer Mehrheit von 204 gegen 156 Stimmen, den Vertrag über die »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« zu unterzeichnen. Gegen dieses grundsätzliche Votum für eine Wiederbewaffnung stimmen Abgeordnete der SPD, der KPD, der Föderalistischen Union, der Bundestagsfraktion von Zentrums- und Bayernpartei sowie einiger rechter Gruppierungen.

**1967, 11. Februar:** Eine Kundgebung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und anderer Studentenorganisationen in Westberlin wird mit Gewalt aufgelöst. Als die Teilnehmer, unter ihnen auch die US-Amerikanerin Angela Davis, vor dem US-Konsulat »U.S. raus! U.S. raus!« skandieren, greift die Polizei mit Pferden an. Die ca. 200 Demonstranten blockieren daraufhin an verschiedenen Stellen den Verkehr. Hauptredner Rudi Dutschke hatte zuvor geäußert: »Wir müssen provozieren, damit wir uns mehr als bisher Gehör verschaffen.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/419987.anno-6-woche.html>